

Anke Knopp

WAHLTAG

Wie ich kandidierte,
einen digitalen Wahlkampf führte
und verlor



WOCHEN
SCHAU
VERLAG

Anke Knopp

Wahltag

Wie ich kandidierte,
einen digitalen Wahlkampf führte
und verlor



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© WOCHENSCHAU Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Schwalbach/Ts. 2017

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Titelgestaltung: Ohl Design
Titelbild: Heike Drewelow
Autorenfoto: Jan Voth
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
ISBN 978-3-7344-0483-2 (Buch)
ISBN 978-3-7344-0484-9 (E-Book)

Inhalt

Vorwort	5
1 Beweggründe	7
2 Politische Ziele	41
3 Kandidatenkür	51
4 Wahlkampf	83
5 Lerneffekte	193
6 Wahltage	201
7 Fazit	217
Anmerkungen	237

Vorwort

Mischt Euch ein! Ich hab's getan.

Theoretisch könnten es viele machen. Praktisch erleben es aber nur wenige: eine Kandidatur zur Bürgermeisterin. Ich habe dieses demokratische Experiment gewagt. Angetreten bin ich in einer Kommune in NRW, Gütersloh, als völlig unabhängige und parteilose Kandidatin. Neun Monate spannendster Politikrealität folgten meiner Entscheidung für das höchste Amt in einer Stadt von rund 100 000 Menschen zu kandidieren. Am Ende stand zwar kein Wahlsieg. Ich wurde nicht gewählt. Am Ende aber standen handfeste Erfahrungen im praktischen Umgang mit Bürgern, Politik und der Verwaltung sowie die Erkenntnis, dass Einmischung wichtig ist. Engagement für das Gemeinwohl lohnt sich.

Demokratie lebt in der Praxis und durch praktizierende Demokraten. Demokratie funktioniert als Beteiligungsdemokratie. Mischt Euch ein! Seid wieder Bürger! Die Aufrufe werden aktuell immer lauter, weil die Notwendigkeit angesichts komplexer Herausforderungen, die es auch kommunal zu lösen gilt, immer größer wird. Politikverdruss fräst sich durchs Land. Die Gesellschaft spaltet sich weiter auf in diejenigen mit großen Chancen und Vorteilen und diejenigen, die abgehängt sind. Freiheit, Toleranz und ein friedliches Miteinander in Vielfalt sind gefährdet. Digitalisierung verändert alle unsere Lebensbereiche, eine Kommune kann hier den Kopf nicht in den Sand stecken. Politik muss Schritt halten und den kulturellen Wandel hin zu einer Politik 2.0 gestalten, getragen von Transparenz, Beteiligung der Vielen, Offenheit. Ich nahm mir die Freiheit, mich einzumischen. Ich nahm mir die Freiheit, für diesen Wandel einzutreten.

Was ich erlebt und wie ich einen digitalen Wahlkampf aus ganz eigenen Mitteln ohne Parteibindung auf die Beine gestellt habe, zeigt dieses Buch. Erst in der Nachlese der Wahl entstand die Motivation, meine Erkenntnisse und Erlebtes aufzuschreiben. In unzähligen Gesprächen wurde ich eben nach diesen befragt. Aus dem Wahlkampf konnte ich vieles berichten: Heiteres, Belustigendes, Nachdenkliches, Politikbegeisterung. Es waren auch Umstände dabei, die verzweifeln lassen, weil man erkennt, dass man als Einzelner Dinge nicht ändern kann und politisches Handeln Grenzen erfährt. Es handelt auch davon, welche Kräfte in einer Stadt wirken, ohne dass sie sichtbar sind.

Meinen Erlebnisbericht verstehe ich als Einladung an alle diejenigen, die sich einmischen möchten oder darüber nachdenken, sich vor Ort politisch einzubringen.

Das Buch ist chronologisch aufgebaut. Es umfasst sieben Teile, beginnt mit den Beweggründen für die Kandidatur, angefangen bei frühem Interesse für Politik bis hin zu den unterschiedlichen Funktionen und Rollen in der Kommunalpolitik. Es folgt mein Weg durch den Behördenschwungel bis hin zur echten Kandidatenkür. Ich beschreibe die einzelnen Aspekte meines Wahlkampfes vom Nicht-Aufstellen von Wahlplakaten bis zum Streitgespräch auf der Straße. Am Ende werfe ich einen Blick auf die Wahlsonntage inklusive Stichwahl und skizziere schließlich einen Ausblick auf die Chancen unabhängiger Kandidaten in der Rückschau und die Zukunft des Amtes des Bürgermeisters an sich.

Mein herzlicher Dank geht an Jürgen Zimmermann, Jürgen Droop und Detlef Friedrich für ihre Unterstützung und ihren unermüdlichen Einsatz.

1 Beweggründe

Mit Leidenschaft für das Gemeinwesen

„Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal, wie es ausgeht.“

Václav Havel

In Deutschland genießen sie in der Regel großes Vertrauen und jede Kommune hat einen oder eine – aber alle sind sie unterschiedlich. Man wird in diesen Beruf, in dieses Amt, vom Volk direkt gewählt. Zu seiner Amtsführung gehören Menschenkenntnis und Managementfähigkeit vom Normalfall bis zur Ausnahmesituation ebenso wie das Aufstellen eines Haushaltsplans oder die Repräsentation in einer Kommune. Er oder sie muss eine Menge können, den Beruf erlernen aber kann man nicht. Eine Schule für Bürgermeister allerdings gibt es bisher nicht, eine erste ihrer Art soll nun allerdings in New York entstehen.

Ich bin als Bürgermeisterkandidatin in einer Stadt von rund 100 000 Einwohnern im Herzen von Ostwestfalen in NRW angetreten. Ich war eine von fünf Kandidaten für das Bürgermeisteramt in Gütersloh. Die einzige Frau. Die einzige und erste Parteilose und Unabhängige. Und dann war ich auch noch mit dem sperrigen Thema „Digitalisierung“ unterwegs.

Neun Monate lang betrieb ich Wahlkampf um den Posten der Bürgermeisterin in meiner Stadt. Mein politisches Ziel ist dabei klar und schnell umrissen, ich will den Wandel von einer Politik 1.0 hin zu einer Politik 2.0, die geprägt ist von Partizipation, Teilhabe und Offenheit im Verwaltungs- und Regierungshandeln basierend auf den Möglichkeiten des Internet als neue demokratische Plattform, die diese Möglichkeiten verviel-

facht. Das schafft Identifikation mit der Politik und nutzt das Potenzial, einer allgemeinen Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Ich stehe für eine Politik, die die Bevölkerung im digitalen Transformationsprozess mitnimmt und den Menschen dabei in den Fokus stellt. Ich wollte einen gesellschaftspolitischen Gegenentwurf für eine Zukunft entwickeln, der nicht getrieben ist von dem Versprechen einer immerwährenden Gegenwart, so wie wir sie jetzt kennen. Digitales ist nicht allein eine Technikfrage, sondern ein Kulturwandel, der alle Lebensbereiche verändert. Im Mittelpunkt standen die Chancen für einen Wandel, in den wir alle längst eintauchen, in dem Deutschland ein E-Deutschland sein muss, um seinen Platz im globalen Wettbewerb zu behalten. Nur so kann man sozialen Verwerfungen vorbeugen und Teilhabe für alle Menschen sicherstellen.

Andererseits wollte ich Demokratie in der Praxis testen und feststellen, was so eine Direktwahl zu leisten in der Lage ist: Kann man die Menschen erreichen, sie beteiligen, sie zum Gang an die Wahlurne bewegen? Eine Frage war auch: Wie kann man einen digitalen Wahlkampf machen, der andere Formen der Kommunikation nutzt und vielleicht mehr Menschen mitnimmt, als das bisher möglich war? Verändert ein digitaler Wahlkampf etwas? Ich habe lange zu Politik(er)verdrossenheit geforscht, habe immer wieder über die Notwendigkeit verbrieft direktdemokratischer Elemente geschrieben und dafür politisch gestritten. Die logische Konsequenz ist die Frage, welche Impulse es braucht, um Menschen wieder zu motivieren, zu politisieren und sie für ihre Belange zu aktivieren.

Dabei forderte ich die Parteien heraus. Dabei forderte ich meine Mitbewerber um das Bürgermeisteramt heraus, die sich in einem als Personenwahl definierten Wahlkampf allerdings alle als Teil einer Partei oder Wählergruppe eingerichtet hatten. Mit meiner Kandidatur als Unabhängige wollte ich zeigen, dass in einem partizipativen Prozess neue Zukunftsbilder für eine Stadt entstehen können, die sich eben nicht an Parteizielen orientieren, sondern eine Stadtgesellschaft in ihrer Vielfalt und

Vielstimmigkeit mitnehmen und die Anzahl der Möglichkeiten vergrößern. Digitalisierung war das Vehikel, diese neue Zukunft zu gestalten, die bisher niemand auf dem Radar hatte, geschweige denn, dass jemand diese Zukunft hätte konkret beschreiben können. Die Direktwahl eines Bürgermeisters, der der Verwaltung vorsteht und politische Impulse setzt, umfasste die notwendige Legitimation und Gewichtung, diesen Weg gemeinsam mit den Bürgern gehen zu können.

Nicht unwichtig ist der Umstand, dass ich auch Politikwissenschaftlerin bin. Das Subjekt der Politikwissenschaftlerin ist mit diesem Wahlkampf also ins Spannungsfeld von Theorie und Praxis eingetaucht. Mein Bürgermeisterwahlkampf ist damit in der Rückschau auch ein Stück weit politikwissenschaftliches Forschungsfeld, weil ich die Welt eben aus der Sicht einer Politikwissenschaftlerin betrachte. Man könnte von einem Selbstversuch sprechen oder von Feldforschung. Wenn ich den Wahlkampf auch nicht als solche betrachtet habe – mein Ziel, Bürgermeisterin meiner Stadt zu werden, war von Anfang an ehrlich und gewollt. Erst in der Nachbetrachtung ist die Idee entstanden, über meine Erfahrungen als Kandidatin in einer Direktwahl zur Bürgermeisterin ein Buch zu schreiben.

In einer unterhaltsamen Runde mit Menschen, die Romantik von Kommunalpolitik und kommunaler Selbstverwaltung selbst gut kennen, entstand die Idee: „Schreib doch über deine Erfahrungen. Vielleicht ist es andernorts von Interesse“. Kommunalpolitik ähnelt sich im ganzen Land. Es ähneln sich Menschen und ihre Reaktionen vor Ort in ihren Gemeinden und Städten. Das Städtische ist so universell wie auch wieder eigen. Die regionale Eigenheit und die Denkmuster ihrer Einwohner sind gleichwohl auch generalisierbar und damit allgemein übertragbar. Vielleicht ist die Lektüre dieses Feldversuchs daher eine Anregung, sich ebenfalls einzumischen, eine Einladung, sich auf die Wiederbelebung politischer Utopien zu begeben: Politik lebt von der aktiven Einmischung, die jedem grundsätzlich offen steht.

Was ich erlebt und wie ich einen digitalen Wahlkampf aus ganz eigenen Mitteln ohne Parteibindung und ohne fremde Finanzierung auf die Beine gestellt habe, zeigt dieses Buch. Ich nahm mir die Freiheit, mich einzumischen. Mein Spielfeld ist die Normalität der Kommunalpolitik, zwischen Entscheidungen über Bildungspolitik, Gullydeckel und Händeschütteln von Jubilaren. Natürlich war es auch das Wagnis, Demokratie zu vitalisieren, sich der demokratischen Herausforderung zu stellen, selbst Verantwortung zu übernehmen, sich mit aller Energie für das Gemeinwohl und ein Leben für Freiheit und Toleranz einer Stadtgesellschaft einzusetzen. Und auch einfach zu testen, wie das real geht, was da so theoretisch auf dem Papier steht, nämlich, dass sich auch Einzelbewerber ohne Parteibindung zur Wahl stellen können. Ich schwamm mit dieser Haltung gegen den Strom. Dieses Buch ist auch entstanden für alle diejenigen, die mehr darüber wissen wollen, weil sie sich vielleicht selbst zur Wahl stellen möchten. Weil sie sich entschließen, sich politisch aktiv einzubringen. Oder weil ihnen die Gestaltung einer Stadt von morgen genau so am Herzen liegt wie mir. Eine Stadt, die von den Bedürfnissen der Menschen aus denkt. Das Buch ist entstanden, um meine Leidenschaft für das Gemeinwesen mit Interessierten zu teilen.

Am Ende will ich auf fünf Fragen eine Antwort finden:

1. Warum genau tue ich mir das an – ist Einmischen empfehlenswert?
2. Wie ist das eigentlich in der Praxis – so eine Personen- und Direktwahl?
3. Hat jemand ohne Partei überhaupt eine Chance?
4. Kann man Themen setzen, die später noch Wirkung zeigen?
5. Verändern digitale Medien einen Wahlkampf?

Eine Chance auf Veränderung besteht

Rein theoretisch könnten viele Menschen kandidieren. Praktisch erleben das aber nur ganz wenige, insbesondere wenige Parteilose wie ich. Mit diesem Wagnis habe ich neun Monate spannendste Politikpraxis erlebt. In all den Monaten habe ich dazu gebloggt und ein politisches Tagebuch geschrieben, was in dieses Buch mit eingeflossen ist, ebenso wie die vielfältigen Erfahrungen mit Demokratie hautnah.

Zum Einstieg möchte ich noch erwähnen, dass alle Angaben in diesem Buch mit größter Sorgfalt erarbeitet und zusammengestellt wurden. Ich bitte aber um Verständnis, dass trotzdem weder eine Garantie noch juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für Folgen, die auf fehlerhafte Angaben zurückgehen, übernommen werden.

Mein politisches Tagebuch verrät:

Immer schon wollte ich wissen, wie sich Theorie und Praxis unterscheiden. Dazu könnte man an dieser Stelle in einen Wissenschaftsdiskurs eintreten. Das ist natürlich nicht geplant. Nur so viel vielleicht: Der Unterschied zwischen Theorie und Praxis ist nicht so groß wie der zwischen Praktikern und Theoretikern. Oder auch: Der Unterschied zwischen Theorie und Praxis ist in der Praxis größer als in der Theorie. So las ich das bei Johannes Herwig-Lempp.

Wie alles begann

„Wer sich rühmt, niemals gestolpert zu sein, hat niemals versucht zu gehen.“

Robert S. Lynd

Ja, ich mache das. Die Entscheidung fällt am Frühstückstisch, ich halte eine der drei Lokalzeitungen in der Hand. Wir schreiben das Jahr 2014, es ist Dezember. In mir kriecht der Ärger hoch, wie so häufig in den letzten Jahren: Mit großen Worten weist die Stadtverwaltung via Pressemitteilung wieder einmal

auf ein Verfahren zur Bürgerbeteiligung hin. Auf dem steht zwar Beteiligung drauf, aber es ist keine drin, wenn man genau hinschaut. Wer ein klein wenig mit Kommunalpolitik und ihren Verfahren vertraut ist, erkennt, dass es einmal mehr lediglich darum geht, auf die letzte Minute öffentlich zu informieren – nicht aber darum, die Menschen schon in der Planung mitzunehmen oder gar an echten Entscheidungen zu beteiligen. Die Würfel sind längst gefallen, wenn Beteiligung angekündigt wird. Zu allem Ungemach lädt hier dann auch noch die Verwaltung ein und nicht „die Politik“, die eigentlich ihrem Auftrag gerecht werden soll, ein pluralistisches Meinungsbild zu einer Entscheidung im Sinne des Gemeinwesens zu führen. Hier ging es wieder einmal darum, dem simplen Satz zu entsprechen „Machen wir doch schon“ und eine Ausrede zu produzieren, man sei an der Meinung der Menschen vor Ort interessiert. Die Ankündigung in der Zeitung beinhaltete den klassischen Dreisprung: Entscheidung im kleinen Kreis, nicht öffentlich getroffen, Verkündigung von Fakten, Veränderung nicht mehr möglich.

Die meisten Bürger wissen das, sie haben ein gutes Gedächtnis für politische Frustrationen, in denen sie gespürt haben, dass Beteiligung eigentlich nur ein Alibi ist und mit allen Tricks umgangen wird: Sie lassen sich nicht gerne wiederholt an der Nase herumführen, wenn sie einmal einer Mogelpackung auf den Leim gegangen sind. Ein Beispiel aus meiner Heimatstadt: Der Theaterneubau. Der wurde durch ein (ausnahmsweise) erfolgreiches Bürgerbegehren verhindert. Die Mehrheit der Bevölkerung wollte den nicht: zu teuer und die Folgekosten nicht absehbar. Die Politik hielt sich zunächst dran. Man wartete die erforderliche Sperrfrist ab – und baute nach Ablauf derselben trotzdem ein Theater. Darum geht auch kaum jemand mehr hin, wenn solche Alibieinladungen veröffentlicht werden. Ein Umstand, der leider immer deutlicher dazu beiträgt, dass Menschen den leeren Ankündigungen und Versprechen von rechts-populistisch motivierten Gruppierungen und Neu-Parteien ihr

Vertrauen – und noch schlimmer – auch ihre Stimme schenken. Diese neuen Beschwörer von direkter Demokratie, wie es etwa die AfD tut, aber haben noch kein Jota dazu beigetragen, die Menschen wirklich zu beteiligen. Es lässt verzweifeln, dass sie in einem Politikfeld wildern, welches bisher eher links eingeordnet wurde, und keiner widerspricht, dass sie mit ihren Parolen ganz anderes im Schilde führen und eher zur Spaltung beitragen.

Ein zweiter Grund für meinen Unmut bei der Zeitungslektüre ist die Meldung über den vermeintlichen Ausbau mit Breitband in der Region. Die örtliche Politik überlässt den Ausbau mit angeblich schnellem Internetzugang dem ehemaligen Monopolisten (Telekom) und lehnt sich zurück in der Selbstsicherheit, ein ehemaliger staatlicher Betrieb werde das schon richten mit dem Anschluss an die viel beschworene Gigabit-Gesellschaft. Ich hole tief Luft und schreibe gedanklich bereits an einem Leserbrief dazu, der argumentieren wird, wie mit diesem unwissenden Zurücklehnen der Entscheider Zukunft verspielt wird.

Zwei wesentliche Entwicklungen gehen damit an meiner Heimatstadt vorbei: der Wunsch nach mehr Beteiligung der Bürger und die digitale Transformation. In beiden Politikfeldern haben sich Rat und Verwaltung auf einen Dornröschenschlaf eingelassen. Ich würde gerne den Weckruf starten: Die Kandidatur zum Bürgermeisteramt war dafür wie geschaffen! Ein Wahlkampf konnte die Arena sein, von Zukunft zu sprechen und auch Bilder dafür zu entwerfen. Ich will Anwältin des Aufbruchs und der Zukunft werden.

Diese Überlegungen gehen mir durch den Kopf, während ich lese. Meine Entscheidung fällt nach reiflicher Überlegung: Im kommenden Jahr 2015 kandidiere ich für das Amt der Bürgermeisterin in der Stadt Gütersloh. Nach all den Jahren der Teilhabe an aktiver Politik in den wechselnden Rollen von Mandatsträgerin bis hin zur Aktivistin in einer Initiative und Bloggerin zu Themen der Kommunalpolitik in meiner Heimatstadt, will ich es jetzt wissen. Ich möchte Verantwortung über-

nehmen und ausloten, wie weit sich Bürger auf einen Weg in die Zukunft einlassen, wie weit sie selbst mitmachen wollen, wie weit es möglich ist, konkret Veränderungen anzustoßen oder umzusetzen. Oder anders ausgedrückt: Ich will Verantwortung übernehmen und eine andere Zukunft skizzieren, als es die traditionellen Parteien bisher vermocht haben, die sich für meinen Geschmack auf historischen Erfolgen der materiellen Sättigung ausruhten.

Von solch einem ganz privaten Entschluss bis hin zum Wahlabend mit der Verkündung des Wahlergebnisses ist es eine ziemlich lange Zeit. In meinem speziellen Fall umfasste mein Vorhaben genau neun Monate. Scherzhaft könnte man das als eine politische Schwangerschaft bezeichnen. Diese Zeit war versehen mit sehr vielen Hürden, Herausforderungen, Tiefen, Höhen und Erfahrungen. Dieses Buch berichtet darüber, was ich als Parteilose und einzige Kandidatin neben vier männlichen Mitbewerbern in diesen Monaten des Wahlkampfes erlebt, gelernt, durchlitten und gemeistert habe. Mein parteiloser Wahlkampf war eine Achterbahn der Gefühle und das Schwimmen eines kleinen Fisches durch ein riesiges Haifischbecken.

Am Ende der Wahl am 13. September 2015 wurde ich zwar nicht zur Bürgermeisterin gewählt. Von fünf Kandidaten rangierte ich auf dem vierten Platz. Aber mein amtliches Wahlergebnis lag zumindest bei 9,35 Prozent¹. Kleiner Wehrmutstropfen für alle Kandidaten war dabei die magere Wahlbeteiligung von 39,3 Prozent im ersten Wahlgang – und das bei einer Auswahl von fünf Kandidaten, die wahrlich ein ganz weites Spektrum abdeckten. Das war enttäuschend.

Wie wird man politisch?

Meine politische Geschichte beginnt nicht am Frühstückstisch an diesem Dezembermorgen. Der Ursprung liegt schon in meinen Kindertagen. Keine Angst, ich erzähle nicht meine Lebensgeschichte. Allerdings wirft die eigene Sozialisation ein Licht

darauf, ob und wie man zu einem politischen Menschen wird. Ich war 49 Jahre als ich zur Wahl antrat und 50 als die Wahl beendet war. Damit gehöre ich einer Generation der Babyboomer an, die sich zwar individuell benehmen, aber doch ein Stück weit dem Zeitgeist anpassen. Nicht nur, dass man sich verbunden fühlt durch die gleiche Musik, die einen beim Heranwachsen begeistert hat und die Pubertät erträglich machte. Auch das Bildungswesen hinterlässt Spuren, die Zeitgeschichte, die Politik der Ära Brandt, Schmidt, Kohl. Es schwingt mit diese Backmischung der neuen deutschen Geschichte, es schwingt mit, dass gerade diese Generation Zukunft gestalten will, die erlebt hat, wie in Tschernobyl das Atomkraftwerk explodiert ist, wie die Anti-Atomkraft-Bewegung stark war, wie die Welle der Bürgerbeteiligung entstand.

Viele Untersuchungen belegen, dass politisches Interesse im Elternhaus geweckt wird.² So war das auch bei mir, die ich in einem eher konservativen Haushalt geprägt wurde. Mit meinem Vater schaute ich als 10-Jährige den Internationalen Frühshoppen. Mit 11 verteilte ich 1976 Flugblätter der CDU zur Bundestagswahl in die Briefkästen, weil eine Freundin meiner Eltern Ratsfrau der CDU war und mich auf ihren Wahlkampfdienst als billige Hilfe mitnahm. Eine Tüte Bonbons als Lohn. Wir zogen mit einem Bollerrwagen von Haus zu Haus, ich warf politisches Werbematerial in jeden Briefkasten, doch die Stapel, die es noch zu verteilen galt, wurden irgendwie nie kleiner und gelesen habe ich davon nie etwas.

Dann war Helmut Schmidt Bundeskanzler und Walter Scheel Bundespräsident. Hängen geblieben sind in meinem politischen Erwachsenwerden die Meilensteine deutscher Politik wie die RAF-Herausforderung, die Ölkrise und die Massentierhaltung von Hühnern, zu der ich übrigens im zarten Alter von zehn Jahren meine erste Protestnote in meinem Leben verfasste. Ob meine Eltern sie wirklich an den Bundespräsidenten Scheel abgeschickt haben, konnte ich nie klären. Ich war in der Schule, als meine Mutter den Brief angeblich in den Postkasten

warf. Mir ist nicht einmal mehr bewusst, warum gerade der Bundespräsident diese Note empfangen sollte, wahrscheinlich hatte ich die kindliche Vorstellung, er stehe über allem und werde es richten können. Eine Antwort erhielt ich jedenfalls nie. Vielleicht ist diese Enttäuschung, ohne Antwort geblieben zu sein von einem Menschen, der so vollmundige Reden geschwungen hatte, der Ursprung für meinen Wunsch, den Dingen auf den Grund zu gehen. Nachzufragen und sich festzubeißen an Aussagen, die auf jeden Fall auf ihren Gehalt hin zu untersuchen sind. Glauben ist gut, Kontrolle ist besser.

Mit 16 war ich kurz in der Jungen Union, suchte eine politische Heimat, die ich dort als Querdenkerin aber nicht fand. Die CDU repräsentierte den prosperierenden Wertekanon in einer wohlhabenden Stadt, in der alles saturiert war und zufrieden mitschwamm im allgemeinen Reichtum. Die kleine Welt einer Mittelstadt im beschaulichen Ostwestfalen war in Ordnung. Keiner stellte dort je in Frage, dass wir mit zwei Großkonzernen in der Stadt wie Miele und Bertelsmann wahrhaftig im Land der Eigentümer und Gründer lebten. Es gab zwei Möglichkeiten der Beschäftigung, entweder war man Mielianer oder bei Bertelsmann. In jeder Familie war dort immer irgendwie einer beschäftigt. Es war die Zeit der großen Firmenlenker wie Miele und Mohn. Nebenan in Bielefeld gab es noch die Oetkers. Eine heile Welt der Macher und gemachten Männer von Weltrang. Wie gesagt, ich hatte Zweifel entwickelt, ob die Welt wirklich so gülden war, wie sie mir vorgespielt wurde.

Als sich die Grünen Anfang der 80er Jahre gründeten, war ich Feuer und Flamme. Sie waren anders, boten den traditionellen Strukturen Paroli und scherten sich nicht um Normen. Der turnschuhtragende Joschka Fischer schnellte zur Ikone empor, was nicht schwer war, wenn man aus dem schützenfestgeprägten und unternehmenskonformen Umfeld heraus auf die Welt schaute. Die Grünen griffen das Dagegen auf, die Zweifel an Sein und Schein, brachten den sauren Regen auf die politische Bühne und die Umwelt, die bei uns durch das immer Mehr ein-

fach nur verschwand. Es dauerte jedoch Jahre, bis ich in den 90er Jahren aktiv dort mitmachte, es fehlte der Ansporn, von einem subjektiven Gefühlsdusel der ergriffenen Begeisterung in den Modus des konkreten Handelns zu wechseln. Vielleicht war die Lethargie des Verwöhntenstatus der Grund. Noch erachtete ich andere Aktive als besser geeignet, zu handeln.

Aber Politik als Sujet ließ mich nicht mehr los. Als Hommage an die Lebenserfahrungen meiner Eltern machte ich nach dem Abitur zunächst eine Ausbildung als Industriekauffrau. Bei den heimischen Stadtwerken, die mich Jahre später als Werkstudentin feuerten, weil ich aufdeckte, wie mit elektronischer Datenüberwachung Zählerstände gemessen werden konnten, und der Datenschutzbeauftragte des Landes das gar nicht gut fand. Meine Eltern meinten, eine Ausbildung sei etwas Solides, bevor ich mich in die Ungewissheit der Geisteswissenschaften stürzen würde, um dort womöglich brotlos zu werden. Oder Taxi zu fahren. Und dann noch als Mädchen. Nach zwei Jahren Berufsbildungsgang zog es mich an die Hochschule. In meiner Familie hatte das Studieren keine Tradition. Meine Großeltern betrieben noch Landwirtschaft, meine Eltern einen kleinen Familienbetrieb. Wir waren eine Bestatterfamilie, was das Leben nicht einfacher machte, wenn man die Trauerfälle einer halben Stadt mitbekam. Ich wäre erst die Zweite in der Familie, die an einer Hochschule studieren würde. Und ich bewies Steherqualität. Gegen alle Warnungen und Bedenken gipfelte meine politische Ambitioniertheit in ordentlichen staatlich vorgegebenen Strukturen der Universität: Ich studierte Politikwissenschaften an der Westfälischen Wilhelmsuniversität Münster. Mit meinem Magister Artium in der Tasche reichte mir das aber nicht, so promovierte ich auch noch in dem Fach.

Schmunzelfaktor und Fußnote wäre noch die Tatsache, dass ich ausgerechnet in dem Unterrichtsfach „Politik“, welches es eigentlich gar nicht gab im Lehrplan, den ersten und einzigen Blauen Brief in meiner gesamten Schulkarriere erhalten hatte. Hierin fand sich der Vermerk, ich steuerte auf eine „Fünf“ zu,

die Versetzung in die nächste Klasse sei gefährdet. Das war in Klasse acht. In Erinnerung blieb mir ein Lehrer, der uns in Rollenspielen Begriffe wie „Solidarität“, „Loyalität“ einüben ließ, aber keine Diskussion zuließ und „Gerechtigkeit“ als eine Domäne seiner Lieblingsschüler begriff. Wer den Mund aufmachte und eine andere Position einnahm, kam nicht weiter. Aber er bekam Post.

Meine politische Tanzfläche war von Anfang an die Kommunalpolitik. Ein Schwerpunkt lag immer auf Partizipation, also Bürgerbeteiligung. Mich begeistern die facettenreichen Themen, die eine Kommune als Politikfelder bietet. Nichts ist politischer als das direkte Lebensumfeld der Menschen. Nichts ist politischer als das Private. Nichts liegt näher und nirgends entfaltet sich globale Politik deutlicher als vor Ort. Als Politikwissenschaftlerin sezierte ich Politik und politische Systeme immer gern unter dem wissenschaftlichen Brennglas. Mich faszinierte der Lackmuestest: Wie verhält sich Politik im Feld? Aus diesem Grund trüffelte ich gern an Prüfverfahren, einer Feldprobe meiner Themenstellungen, und untersuche, wie sich das, was ich las und schrieb, in der praktischen Umsetzung verhält. Mit großem Vergnügen nahm ich stets die Rolle des *Advocatus Diaboli* ein, stellte Fragen, um Lücken im System zu identifizieren, die Argumente widerlegten, das demokratische System sei gut und nicht verbesserungsbedürftig. Das Haar in der Suppe zu finden, war mein Hobby. Eingeschworen hatte ich mich darauf, die Beteiligung der Bürger noch effektiver zu gestalten. Dem Souverän einen Sinn zu geben. Alles ein Antrieb, kommunalpolitisch aktiv zu sein. Auch meine Dissertation befasst sich mit genau diesem Thema: Wie wirken eigentlich Partizipationsverfahren konkret in der Praxis?

Mitte der 90er Jahre stieg ich in die reale Kommunalpolitik ein, trat in die Partei der Grünen ein und übte mich schon bald als politische Geschäftsführerin und Sprecherin im Ortsverband der Grünen, war Ratsfrau und auch Fraktionsvorsitzende der Grünen im Rat der Stadt. Ehrlicherweise muss gesagt wer-

den, dass ein Grund für meinen schnellen Aufstieg auch der Mangel an Engagierten war. Die Grünen in der Stadt waren zahlenmäßig überschaubar. Dass ich zudem den Frauenfaktor mitbrachte, war ein weiterer (Plus-)Punkt. Schon zu der Zeit war ehernes Gesetz: die Listen der Grünen sind gegendert: Frauen führten die Plätze an, dann ging es alternierend weiter. Gendergerechtigkeit als ein must have. Das gehörte zum politischen Standard. Sicherlich ist aber der Einstieg mit gleich hohem Verantwortungsfaktor auch ein Verbrennungsfaktor für viele, die sich engagieren möchten, aber noch ganz ungeübt sind. Sie müssen schnell reinwachsen in das politische Geschäft und bereits Gremienarbeit übernehmen, was viel Zeit und viel Bindung bedeutet. Wenn Politik machen wirklich das Bohren dicker Bretter ist, kann eine Politik mit Herzblut betrieben auch schnell verbrennen.

Ausschlaggebend für meinen „Eintritt“ ins Grüne Büro im wahrsten Sinne des Wortes war übrigens ein ganz simpel handschriftlich gemaltes Plakat im Schaufenster der damaligen Geschäftsstelle. Ich marschierte dort oft mit dem Kinderwagen vorbei, in dem mein Sohn saß und die nächste Generation darstellte, für die es sich lohnte, die Zukunft zu gestalten. An alle interessierten Bürgerinnen und Bürger stand da die Einladung, doch mal „reinzuschauen“ in die Grüne Politik. Es war so, als reichte jemand die Hand für ein Versprechen, die Welt vor Ort gemeinsam zu gestalten. Es war ein aktiver Schritt aus meiner privaten Welt in eine organisierte Weltanschauung von Vielen, die ich schon lange passiv teilte. So trat ich ein in den Tagungsraum, kurze Zeit später in die Partei. Und blieb.

Die damalige Amtsperiode als Fraktionsvorsitzende im Rat brachte ich allerdings nicht zu Ende. Ich war nach einer langen Krebserkrankung meines Mannes mit 33 Jahren Witwe geworden und stand plötzlich mit meinem vier Jahre alten Sohn allein da. Aufgrund dieser Mehrfachbelastung als Mutter, Berufstätige und Politikerin verzichtete ich auf das Mandat zugunsten meiner Kleinstfamilie. Ich selbst war damit übrigens zu einem

praktischen Fall vieler theoretischer Betrachtungen geworden: Gerade Frauen in der Familienphase haben kaum Anteil an der Gestaltung von Politik. Politik in der Kommune ist in der Regel männlich, hoch gebildet, wohlhabend und weiß.

Das ist ein Problem, denn ein Großteil der Politikfelder bräuchte gerade Expertise von Frauen (und von Vielfalt), wenn es darum geht, über Kindergarten, Schule, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Stadtteilentwicklung zu diskutieren, oder auch etwa die Pflege vor Ort zu gestalten. Trotz aller Bestrebungen der Gleichstellung von Mann und Frau dominieren die traditionellen Rollenverteilungen gerade in den eher ländlich gelegenen Kommunen noch deutlich. Das aber wäre ein eigenes Thema.

Nachdem mein Sohn aus der größten Kinderzeit herausgewachsen war, kam ich zurück in die Politik. Jedoch nicht zurück in die aktive Parteilarbeit. Mein Neustart bildete eine kleine kommunalpolitische Studie, die ich mit dem ehemaligen Rats Herrn der Grünen, Jürgen Zimmermann, erhoben hatte. Als ehemalige Mandatsträger interessierte uns, warum man sich überhaupt kommunalpolitisch engagiert und – vor allem – warum man aus der Kommunalpolitik wieder austritt. Im Fokus unserer lokalen Befragung standen alle ehemaligen Ratsleute der letzten 30 Jahre in unserer Stadt, die ihr Mandat niedergelegt hatten oder nicht mehr erneut antraten. Davon berichte ich in einem eigenen Kapitel, weil es essentiell ist für das weitere Verständnis des Wahlkampfes.

Bürgerinitiative Demokratie wagen

Gleichzeitig wurde ich aktives Mitglied in der damaligen Bürgerinitiative „Demokratie wagen“, die sich um mehr Bürgerbeteiligung bemüht und in ihrer Gründungsphase für einen demokratischen Bürgerhaushalt einsetzte. Gegründet hatte sich die Initiative 2009 als in Folge der weltweiten Finanzkrise 2008 auch in meiner Heimatstadt zum ersten Mal der Gesamtbevöl-

kerung klar wurde, auf welch tönernen Füßen selbst eine robust finanzierte Kommune gebaut ist, wenn die finanzielle Grundlage in einem wohlhabenden Staat so erosionsmäßig wegbricht.

Eine Haushaltssicherung drohte. Streichungen in allen Feldern der Daseinsvorsorge von pauschal 20 Prozent standen auf dem Zettel und damit spürbar Einschnitte für jeden Einzelnen in der Stadt. Um den Haushalt wieder flottzubekommen, hatten Rat und Verwaltung einen externen Berater für viel Geld eingekauft, der sich anschickte, die Konsolidierung und Sanierung des Haushaltes durch Konzepte von der Stange zu organisieren. Dem Konzept wurde mit außerplanmäßigen Ausgabemitteln für die Unterstützung des Prozesses der Haushaltskonsolidierung zugestimmt. Einstimmig.

Die Aktiven der Initiativen formulierten Widerspruch mit dem Credo, das können wir als Bürger der Stadt passgenauer und demokratischer hinbekommen. Aus diesem Beweggrund war die Idee des Bürgerhaushaltes entstanden, die in vielen Kommunen schon erfolgreich umgesetzt wurde.

In Folge der Sparkonzepte ergaben sich zahlreiche Bürgerproteste, die in der Demonstration von mehr als 2000 Schülerinnen und Schülern, Lehrern und Eltern gegen die Streichung der Zuschüsse für die Schulbibliotheken ihren Höhepunkt fanden. Eine beachtliche Welle von Widerstand fand statt in einer Stadt, die dies so nicht gewohnt war. Auf der Straße standen plötzlich Menschen, die sich vorher nicht für Kommunalpolitik und Haushaltsfragen interessiert hatten, jetzt aber Beteiligung einforderten. Das war neu. Dieser Umstand und der politische Druck durch die Finanzkrise ließ die Kommunalpolitiker aller Parteien einen Kurswechsel einschlagen. Zur Kommunalwahl 2009 sprangen alle Parteien auf das Motto „ein Bürgerhaushalt für 2011“ auf. Sie stimmten der Durchführung eines partizipativen Online-Verfahrens zu. Damit war für die Bürgerinitiative ein Etappenziel erreicht.

Ich lernte Kommunalpolitik jetzt aus Sicht der „organisierten“ Bürger kennen. Gerne werden sie insbesondere von Ver-

waltungsbeamten als „die üblichen Verdächtigen“ bezeichnet. Das katapultiert diese Kategorie von politischem Engagement ohne Parteibindung bereits sprachlich in den Rang der Querulanten und unterscheidet diese negativ von den „echten“ Politikern, die ordentlich gewählt wurden.

Bislang war ich als Parteimitglied aktiv. Jetzt gehörte ich zu den vermeintlichen Querulanten und Aussteigern. Meine ersten Erkenntnisse aus dieser neuen Perspektive: Hier fanden sich viele ehemalige Kommunalpolitiker wieder, die ganz genau wussten, wie Politik funktioniert. Eine bürgerliche Initiative ist ein Sammelbecken politischer Richtungen, auch hier gibt es Hackordnungen, auch hier ist politische Kommunikation nötig, um Menschen für seine Ziele zu erreichen und mitzunehmen. Es ist ungleich schwieriger, die vielen Subjekte mittels gleicher Ziele für das Gemeinwesen zu orchestrieren. Es braucht mehr Diskussion, mehr Aushandeln, mehr Konfliktbereitschaft, weil oft viele verschiedene Perspektiven vorhanden sind. Homogenität existiert nicht unbedingt, nur weil etwa das Ziel des „Dafür“ oder „Dagegen“ monothematisch ist. Meistens gibt es ein Ziel, aber kein „Programm“ und keine Methode. Das macht es so reizvoll. Diese Art des Politikbetriebes ist also ungleich archaischer, flacher in der Hierarchie und direkter. Die Menschen, die mitmachen möchten, kommen und gehen. Es ist eher ein Schwarm.

Die Initiative verschaffte sich eine laute und eigene Stimme in der Stadt. Mit einer Website und damit einem eigenen Sprachrohr wurde diese Stimme zudem viral und damit über die Stadtgrenzen hinweg wahrnehmbar. Die Stimme vereinte sich mit vielen anderen Stimmen der Vitalisierung der Demokratie im Land, tauschte sich aus, teilte Informationen und Wissen. Man schwamm im Sog der Bürgerbewegungen.

Durch die vielen neuen Kanäle des Internet war schnell klar, welche weitreichenden Chancen der Meinungsbildung in den sozialen Medien lagen, die eine bisher ungeahnte Reichweite und eine enorme Relevanz durch Vernetzung erreichen konnte.

Niemals zuvor war es derart direkt, hierarchiefrei und in Echtzeit gegeben, zu netzwerken, sich Gehör zu verschaffen, ohne dabei Zeitungen oder sonstige mediale Institutionen um die Möglichkeit der Artikulation oder Veröffentlichung zu bitten. Man machte seine eigene Kommunikation und war damit unabhängig und frei. Zudem gefährlich, weil nicht kalkulierbar und ungefiltert. Das Internet war zu einem Katalysator für Demokratie geworden. Etwa zeitgleich startete ich als Bloggerin in die Politik 2.0 mit einem eigenen Blog „www.Blickpunkt-aus-Gütersloh.de“⁴³, der sich speziell mit der Gütersloher Kommunalpolitik befasst.

Einmischen für ein Mehr an Demokratie

In den nächsten Jahren wurde ich Zaungast. Ich besuchte Ausschuss- und Ratsitzungen als Zuschauer. Die Zuschauer in Gütersloh sind auf die Ränge verwiesen, es gibt eine Tribüne, von der aus man von oben herab das politische Geschehen in der darunterliegenden Arena verfolgen kann. Bequem hatten es aber beide Seiten nicht: die Ratsbestuhlung war den späten 70er Jahren entsprungen; den klobigen Ratsstuhl zu bewegen, bedeutete Kraftanstrengung. Die Ränge waren dagegen die Holzklasse. Klappstühle mussten reichen, die jedes Mal hochschnellten, wenn man aufstand. Beinfreiheit gab es nicht, am besten saß man schräg. Für Mitschriften war kein Platz. Tonbandaufnahmen waren nicht erlaubt. Nur Fotos wurden stillschweigend geduldet. Die Hausordnung hing gerahmt an einem Nagel über der Zuschauertribüne aus dunklem Holzpanel. Applaus war auch verboten.

Im Laufe der nächsten Jahre mischten wir uns aus dieser beobachtend-begleitenden Blickhöhe mit zahlreichen konkreten Anträgen in die Kommunalpolitik der Parteien ein. Der Großteil der Anträge auf der Grundlage der Teilhabeparagraphen der Gemeindeordnung NRW befassten sich mit der Veränderung des kommunalpolitischen Systems. Wir identifizierten Lücken

in den Beteiligungsmöglichkeiten in der bestehenden Gemeindeordnung wie fehlende Fragestunden auch in den Ausschüssen sowie in der Geschäftsordnung des Rates, die es zugunsten der Partizipation der Vielen zu schließen galt. Die Arbeit der Initiative findet sich auf der Website dokumentiert.⁴

Der wohl größte Erfolg war die Durchsetzung des Bürgerhaushaltes, der immerhin drei Jahrgänge durchhielt, bis die örtliche Politik dieses für sie unliebsame, weil nicht steuerbare Element der Partizipation wieder abschoss. Diesen Prozess begleitete sowohl die Initiative als auch ich als Bloggerin in der Anfangsphase sehr konstruktiv und in der Abschlussphase umso kritischer – konnten ein Scheitern am Ende aber nicht verhindern. Geblieben ist die Lehre und die Erfahrung, wie politische Entscheider unterschiedlicher Couleur große Ideen mit Beharrlichkeit und dem Drehen kleiner Rädchen unschädlich machen und den Einfluss von Bürgern wieder zurückdrängen. Auch wenn im Gesetz oder auf dem Papier von Partizipation die Rede ist. Oder insbesondere dann, wenn erste Keime von Partizipation kleine Früchte trugen.

Unter anderem mit dem Scheitern des Bürgerhaushaltes war für mich der Punkt erreicht, aus der Partei der Grünen auszutreten, der ich immer noch passiv angehörte. Im politischen Programm der Grünen ist Partizipation als ein wesentlicher Bestandteil postuliert. Im praktischen Handeln an diesem konkreten Beispiel wurde dieses Versprechen der Beteiligung nicht eingelöst. Hier trafen Theorie und Praxis unvereinbar aufeinander. Ich stand vor der Herausforderung, meine Ideale beizubehalten oder mich der Realpolitik komplett zu beugen. Jahrelang war ich in meiner eigenen parteipolitischen Arbeit für Partizipation eingetreten und sah diese hier von der Zuschauertribüne aus mit Füßen getreten.

Ich kenne das politische Geschäft zu gut: Die politische Realität zeigt sich gnadenlos im Aushandeln von Positionen, dies durch Kompromisse und Mehrheitsbildungen, die einen kleinen Partner oft bis zur Unkenntlichkeit schrumpfen lassen.